

LANDMINEN FAKTENBLATT

Landminen verstoßen gegen das Humanitäre Völkerrecht, da sie nicht zwischen militärischen Zielen und der Zivilbevölkerung unterscheiden.

Minen und ihre Opfer

- **Ein Großteil der Opfer von Landminen sind Zivilisten.** 2014 lag ihr Anteil bei 80%.
- Weltweit gibt es **hunderttausende Überlebende** von Unfällen mit Landminen, Streumunition und anderen explosiven Kriegsresten. Allein 31 der Mitgliedsstaaten des Vertrages berichten von **226.000 bis zu 358.000 Überlebenden**.
- Bis 2000 galt die allgemeine Schätzung von jährlich bis zu 26.000 Opfern von Landminen. Im Gegensatz dazu sind die Opferzahlen deutlich zurückgegangen. 2013 sind Opferzahlen um 24% gesunken. 2014 gab es zehn Opfer pro Tag, also 3.678 betroffene Menschen. Davon waren 39% Kinder.
- **Weltweit gibt es immer noch enorme Vorräte an Landminen.** Bis 2013 ging man noch davon aus, dass 33 der Nichtunterzeichnerstaaten des Ottawa-Vertrages zusammen über 160 Mio. Landminen lagerten. Im Juni 2014 erklärte China, große Bestände vernichtet zu haben. Danach läge die Mehrheit der Minen heute noch bei fünf Staaten: Russland (26,5 Mio.), Pakistan (etwa 6 Mio.), China (laut Angaben von 2014 „weniger als“ 5 Mio.), USA (mutmaßlich 3 Mio.), und Indien (etwa 4-5

Die Länder

- 2014 leiden **57 Staaten und vier weitere Gebiete** nachweislich unter der Bedrohung durch Anti-Personen-Minen.
- Seit 1997 sind dem Minenverbots-Vertrag **162 Staaten** beigetreten. Die Marshall Islands unterzeichneten, müssen aber noch ratifizieren. Von **34 Staaten fehlen die Unterschriften**, darunter auch von Großmächten wie Russland, China und den USA.
- Seit 2009 wurden im Vertragsstaat Jemen (2011) nachweislich Anti-Personen-Minen eingesetzt, fünf weitere Vertragsstaaten (Südsudan, Sudan, Türkei, Kambodscha/Thailand) werden beschuldigt, Minen verwendet zu haben. 2014 setzten die Nicht-Unterzeichner-Staaten **Syrien, Myanmar und Nord-Korea** Anti-Personen-Minen ein, außerdem nichtstaatliche Akteure in 10 Ländern.
- **11 Länder werden im Landmine Monitor immer noch als Produzenten von Anti-Personen-Minen genannt.** (1999 waren es etwa 50). Zu den aktiven Produzenten zählen wahrscheinlich Indien, Myanmar, Pakistan und Südkorea.

Die globalen Mittel für Minenaktionsprogramme erreichten im Jahr 2014 insgesamt 610 Millionen Dollar, verglichen mit 647 Millionen Dollar im Jahr 2013. In den vergangenen fünf Jahren wurden rund 976 km² Land durch Räumung oder Gutachten freigegeben. Im Jahr 2014 wurden mindestens 200 km² verminderter Gebiete durch Räumung freigegeben. Bis November 2015 hatten 29 Staaten ihre Entminungsarbeiten abgeschlossen.

Wirkung

Landminen werden direkt unter der Erdoberfläche verlegt oder in der Vegetation verborgen und werden meist unabsichtlich durch die Berührung eines Menschen ausgelöst, der durch die Explosion in den meisten Fällen getötet oder schwer verletzt wird. Menschen, die einen Minenunfall mit schweren Verletzungen überleben, sind meist ihr Leben lang auf Hilfe angewiesen.

Landminen werden in zwei Gruppen unterteilt: Anti-Personen-Minen, die direkt gegen Menschen gerichtet sind, und Anti-Fahrzeug-Minen, die sich gegen Fahrzeuge richten. Minen, die der Konstruktion nach gegen Personen gerichtet sind, sind durch den Vertrag von Ottawa verboten. Minen, die nicht gegen Personen sondern gegen Fahrzeuge gerichtet sind, fallen nicht unter das Verbot.

Durch die ungezielte Streuung ist bei einem Einsatz von Landminen vor allem die Zivilbevölkerung betroffen – besonders nach Ende eines bewaffneten Konflikts, oft noch Jahrzehnte lang.

Die meisten Unfälle von Menschen ereignen sich im Rahmen des alltäglichen Lebens, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Staaten und Gebiete, die 2014 von Landminen betroffen waren

57 Staaten und 4 Gebiete galten 2014 noch als von Minen betroffen, davon gab es Unfälle in 54 Staaten und 4 Gebieten: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Albanien, Angola, Armenien, Aserbaidschan, Bergkarabach, Bosnien-Herzegowina, Chile, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Indien, Irak, Iran, Jemen, Kambodscha, Kenia, Kolumbien, Kosovo, Kroatien, Kuwait, Laos, Libanon, Libyen, Mali, Marokko, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nepal, Niger, Pakistan, Palästina, Peru, Philippinen, Polen, Russland, Sambia, Senegal, Serbien, Simbabwe, Somalia, Somaliland, Südsudan, Sudan, Sri Lanka, Syrien, Tadschikistan, Thailand, Tschad, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Vietnam, Weißrussland, *Westsahara*

Kursiv: Territorien

Unterstrichen: Vertragsstaaten des Ottawa-Vertrags

Einsatz

Die genaue Zahl verlegter Minen kennt niemand. Vor dem Verbot von Anti-Personen-Minen schätzten die Vereinten Nationen, dass ca. 110 Millionen Landminen in über 70 Ländern dieser Welt verlegt wurden. Das US-Außenministerium schätzte dagegen die Zahl auf 70 Millionen.

Jemen hat als erster Vertragspartner seit Inkrafttreten des Minenverbotsvertrages nachweislich Anti-Personen-Minen eingesetzt. Dem Südsudan, dem Sudan, der Türkei und Kambodscha/Thailand wird vorgeworfen, Anti-Personen-Minen eingesetzt zu haben.

Im Berichtszeitraum Oktober 2014 bis Oktober 2015 haben in zehn Ländern nicht-staatliche bewaffnete Gruppen Anti-Personen-Minen eingesetzt: in Afghanistan, dem Irak, Libyen, Kolumbien, Myanmar, Pakistan, Syrien, dem Jemen, Tunesien und der Ukraine.

Produzenten von Anti-Personen-Minen

Von vier Staaten wird 2014 noch vermutet, dass dort aktiv Anti-Personen-Minen produziert werden: Indien, Myanmar, Pakistan, Südkorea. Sieben weitere Länder behalten sich das Recht vor, Anti-Personen-Minen zu produzieren: China, Kuba, Iran, Nordkorea, Russland, Singapur und Vietnam. Im Juni und September 2014 kündigte die US-Regierung an, dass es in den USA keine weitere Beschaffung und Produktion von Anti-Personen-Minen mehr geben soll.

Mit Ausnahme von China, Russland, den Vereinigten Staaten und den oben genannten aktuellen Produktionsländern sind die ehemals größten Produzenten und Exporteure inzwischen Vertragsstaaten des Landminenverbotsvertrages.

Anti-Fahrzeug-Minen sind jedoch noch nicht verboten. Von einer aktiven Produktion deutscher Firmen ist uns momentan nichts bekannt (siehe auch „Deutschland und Landminen“).

Handel mit Anti-Personen-Minen

Seit Mitte der 1990er Jahre besteht eine de facto Ächtung des Handels mit Anti-Personen-Minen. Diese Ächtung ist auf die Landminenverbotsbewegung und das Stigma, das mit dieser Waffe verbunden ist, zurückzuführen.

Während des vergangenen Jahrzehnts fand globaler Handel mit Anti-Personen-Minen lediglich im Rahmen von illegaler und inoffizieller Weitergabe statt. Während des in diesem Bericht behandelten Zeitraums, wurde nur eine geringe Zahl derartiger Fälle von Anti-Personen-Minen-Handel gemeldet. Das plötzliche Erscheinen von Minen im Sudan, im Jemen und in der Ukraine lässt vermuten, dass dennoch ein Markt in irgendeiner Form existiert. Vermutlich stammen die Minen im Jemen aus Somalia; die sudanesischen Minen trugen Inschriften in Farsi, der Iran hingegen versichert, den Export von Minen eingestellt zu haben.

Lagerung von Anti-Personen-Minen

Insgesamt lagern vermutlich 31 Nicht-Unterzeichnerstaaten Anti-Personen-Minen:

Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Demokratische Volksrepublik Laos, China, Georgien, Indien, Iran, Israel, Kasachstan, Kirgistan, Kuba, Libanon, Libyen, Marokko, Mongolei, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Syrien, USA, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam.

Dabei halten 5 Staaten die Mehrheit: Russland (26,5 Mio.), Pakistan (6 Mio.), China („weniger als“ 5 Mio.), Indien (4-5 Mio.) und USA (3 Mio. laut Rear Adm. John Kirby, department of Defence)

Unterzeichner-Staaten im Besitz von Anti-Personen-Minen:

Der Ottawa-Vertrag verpflichtet die Unterzeichner-Staaten zur Vernichtung aller Lagerbestände, die sich im Besitz der jeweiligen Staaten befinden. Insgesamt haben die Unterzeichner-Staaten in den letzten fünf Jahren mehr als 1,48 Millionen Landminen vernichtet, allein 2014 wurden 230.000 Anti-Personen-Minen zerstört.

Insgesamt warten noch ca. 9 Millionen Minen, die sich im Besitz von Unterzeichner-Staaten befinden, auf ihre Vernichtung. Die 5 Unterzeichner-Staaten, die sich immer noch im Besitz von Anti-Personen-Minen befinden, sind:

Griechenland*, Oman, Polen, Ukraine*, Weißrussland*

*haben den Vertrag verletzt, da sie die Minen nicht innerhalb der Vierjahresfrist vernichtet haben

Zudem hat Somalia bisher noch keine vernichteten Anti-Personen-Minen gemeldet. Die Frist endet am 1. Oktober 2016. Finnland hat am 18. August 2015 mit der Vernichtung von 1 Mio. Anti-Personen-Minen als einziger Staat seine Frist eingehalten.

Guinea-Bissau hingegen muss noch eine geringe Anzahl an Anti-Personen-Minen vernichten, welche erst nach Ablauf ihrer Frist entdeckt wurden.

Opfer von Anti-Personen-Minen und explosiven Kriegsüberresten

2014 wurden 3.678 neue Opfer von Minen und explosiven Kriegsresten in 54 Ländern und vier Territorien verzeichnet; davon wurden 1.243 getötet, 2.386 verletzt, in 49 weiteren Fällen ist nicht bekannt, ob das Opfer den Unfall überlebt hat. Die höchsten Opferzahlen wurden in Afghanistan (1.296), Kolumbien (286), Myanmar (251), Pakistan (233), Syrien (174), Kambodscha (154) und Mali (144) verzeichnet.

Da viele Länder nicht über zuverlässige Mittel der Datenerhebung verfügen, ist jedoch von weit höheren Zahlen auszugehen.

Von den 3.678 verzeichneten Opfern waren (so weit Status, Geschlecht und Alter bekannt waren)

- 80% Zivilisten
- 88% männlich
- 39% Kinder

Die meisten Unfälle von Zivilisten ereignen sich im Rahmen des alltäglichen Lebens (Hüten von Vieh, Spielen, Suche nach Nahrung, Holz, Metall, etc.), insbesondere in ländlichen Gebieten.

Die Internationale Kampagne für ein Verbot von Landminen (ICBL)

Gründung:

- 1992 wurde die *International Campaign to Ban Landmines* (ICBL) durch einen Zusammenschluss von sechs nichtstaatlichen Organisationen gegründet (Handicap International, Human Rights Watch, medico international, Mines Advisory Group, Physicians for Human Rights, Vietnam Veterans of America Foundation)
- Inzwischen besteht die ICBL aus einem Netzwerk von 1200 nichtstaatlichen Mitgliederorganisationen
- Der Dachverband der ICBL hat seinen Sitz in Genf

Kampagne:

- Ziel der Kampagne ist ein internationales Verbot von Einsatz, Produktion, Lagerung und Verkauf von Anti-Personen-Minen
- Außerdem fordert die Kampagne einen verstärkten internationalen Einsatz für humanitäre Minenräumung und Hilfe für Minenopfer
- Die ICBL brachte den Minenverbots-Vertrag, der als Ottawa-Konvention bekannt geworden ist, auf den Weg

Die Ottawa-Konvention

Fakten

- Im Dezember 1997 von 123 Staaten unterschrieben
- Im März 1999 in Kraft getreten
- November 2014: 163 Staaten haben unterschrieben, 162 ratifiziert, 34 Staaten immer noch nicht unterzeichnet, z.B. USA, Russland, China, Israel, Indien und, Pakistan.

Erfolge

- Rückgang des Mineneinsatzes auch über die Vertragsstaaten hinaus: 1999 von 15 Ländern, 2012/13 nur noch von 2 Ländern.
- Rückgang der Anzahl neuer Minenopfer, hauptsächlich in Kambodscha, Kroatien und Kosovo, dank Minenräumung und Minenaufklärungskampagnen.
- Produktionsrückgang bei Anti-Personen-Minen: nur noch 11 Länder gelten als Produzenten von Minen, vor dem Ottawa-Vertrag waren es noch 55 Herstellerländer. 4 davon sind aktiv, bei den anderen ist keine aktuelle Produktion bekannt.

- 88 Vertragsstaaten haben offiziell die Vernichtung ihrer gelagerten Bestände verkündet, insgesamt wurden so mehr als 48 Millionen gelagerte Anti-Personen-Minen zerstört.
- Auch einige nichtstaatliche Gruppierungen erklärten sich bereit, auf Minen zu verzichten
- Kaum noch legaler Handel zu verzeichnen

Schwächen

- Nur Anti-Personen-Minen sind verboten. Anti-Fahrzeug-Minen dürfen weiter produziert werden. Diese können aber auch von zivilen Fahrzeugen und z. T. auch von Personen ausgelöst werden.
- Wichtige Staaten wie China, Russland, USA, Pakistan, Indien, Israel haben noch nicht unterschrieben
- In den letzten 10 Jahren machte die Opferhilfe am wenigsten Fortschritte, im Vergleich mit anderen Bereichen so genannter „Minenaktionen“. Immer noch herrscht ein kontinuierlicher Mangel an Unterstützung und ökonomischer Integration der Überlebenden aus Minenunfällen, die mit Behinderungen weiter leben müssen.

Deutschland und Landminen

Deutschland hat das Ottawa-Abkommen ratifiziert, Anti-Personen-Minen sind verboten und wurden vernichtet.

2005 hat das Bundesministerium der Verteidigung erklärt, die Bundeswehr-Bestände an Anti-Fahrzeug-Minen bis 2015 zu halbieren. Außerdem entschied das Verteidigungsministerium, dass bis 2010 fast 90 % aller Anti-Fahrzeug-Minen im Bestand der Bundeswehr über eine festgelegte Wirkzeitbegrenzung verfügen sollen.

Dazu stellte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage 2014 fest:

„Anti-Fahrzeug-Minen, das heißt, nicht gegen Personen gerichtete Minen werden zwar durch die Ottawa-Konvention nicht erfasst, unterliegen aber den sich aus dem geänderten Protokoll II zum VN-Waffenübereinkommen für Minen ergebenden Verboten und Beschränkungen. Zur Verringerung der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch Anti-Fahrzeug-Minen wurde das Thema auf deutsche Initiative wiederholt im Rahmen des VN-Waffenübereinkommens behandelt. Bislang blieb dieses Bemühen ohne konkretes Ergebnis, da ein notwendiger Konsens zu Regelungen in diesem Bereich bislang nicht möglich war. (...)“

„Nach Kenntnis der Bundesregierung produziert aktuell kein Unternehmen in Deutschland Landminen. Über die Produktion von Landminen im Ausland von in Deutschland ansässigen oder tätigen Unternehmen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor, die über allgemein zugängliche Informationen hinausgehen.“ (Antwort der Bundesregierung)

Deutschland unterstützte in den vergangenen Jahren Projekte zur sog. „Minenaktion“ (Räumung von Minen und Blindgängern, Aufklärung und Opferhilfe) mit jeweils ca. 20 Mio. Euro und gehört damit zu den größten Unterstützern von Minenaktionsprogrammen.

**DER OTTAWA-VERTRAG
(NICHT-)UNTERZEICHNERSTAATEN
AKTUELLER STATUS**

163 Unterzeichnerstaaten (Stand November 2015)

Afghanistan, Albanien, Algerien, Andorra, Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Argentinien, Äthiopien, Australien, Bahamas, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Brunei, Bulgarien, Burkina Faso, Burundi, Chile, Cookinseln, Costa Rica, Demokratische Republik Kongo, Dänemark, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Ecuador, Elfenbeinküste, El Salvador, Eritrea, Estland, Fidschi, Frankreich, Finnland, Gabun, Gambia, Ghana, Griechenland, Grenada, Großbritannien, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Heiliger Stuhl, Honduras, Indonesien, Irak, Irland, Island, Italien, Jamaica, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kanada, Kap-Verde, Katar, Kenia, Kiribati, Kolumbien, Komoren, Kroatien, Kuwait, Lettland, Lesotho, Liberia, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Madagaskar, Malaysia, Malawi, Malediven, Mali, Malta, Marshall Islands*, Mauritius, Mauretanien, Mazedonien, Mexico, Moldawien, Monaco, Montenegro, Mosambik, Namibia, Nauru, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Niger, Nigeria, Niue, Norwegen, Oman, Österreich, Osttimor, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Kongo, Ruanda, Rumänien, Salomonen, Sambia, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, Senegal, Serbien, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Slowakei, Slowenien, Somalia, Spanien, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, Südafrika, Sudan, Südsudan, Suriname, Swasiland, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechische Republik, Tunesien, Turkmenistan, Türkei, Tuvalu, Uganda, Ungarn, Ukraine, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Weißrussland, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

***die Marshall Islands** haben den Landminen-Verbots-Vertrag zwar unterschrieben, **jedoch noch nicht ratifiziert**

34 Nicht-Unterzeichnerstaaten (Stand November 2015)

Ägypten, Armenien, Aserbaidshan, Bahrain, China, Georgien, Indien, Iran, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, Kuba, Laos, Libanon, Libyen, Marokko, Mikronesien, Mongolei, Myanmar (Birma), Nepal, Nordkorea, Oman, Pakistan, Palästina, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Syrien, Tonga, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten von Amerika, Vietnam

Handicap International

1982 von zwei französischen Ärzten gegründet, die beim Einsatz in kambodschanischen Flüchtlingslagern den großen Bedarf an Rehabilitationsangeboten für Kriegsoffer erkannten

Heute Büros in Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweiz, Luxemburg, Großbritannien, Kanada, USA.

Als Hilfsorganisation für Menschen mit Behinderung in ca. 60 Ländern der Welt tätig. Aktivitäten mit Minenaktionsbereich:

- Opferhilfe (Orthopädiewerkstätten und Rehabilitationszentren; soziale Wiedereingliederung, Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderung)
- Minenräumung (z.B. Libyen, Libanon, Laos, Mosambik,...)
- Aufklärungsprogramme für die Bevölkerung zur Verhinderung von Unfällen

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (Friedensnobelpreis 1997)

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne gegen Streubomben (Cluster Munition Coalition CMC)

Die deutsche Sektion war, bis zu dessen Auflösung, aktives Mitglied im Aktionsbündnis Landmine.de und ist heute eine der wenigen Organisationen in Deutschland, die noch Kampagnenarbeit gegen Landminen machen.

2011 wurde Handicap International der Conrad N. Hilton Prize verliehen, die höchste Auszeichnung im humanitären Bereich.

Quellen: Untersuchungen von Handicap International in Einsatzländern,
Landmine Monitor: www.the-monitor.org, letzter Bericht Dez. 2015 (Faktenlage 2014)